

Ja lieber Bürgermeister so ist das, das war bei mit von Anfang an, auf den Kleinen hackt man in Lüdenscheid immer rum und deswegen hat man mich gebeten, ein kleines kurzes „Dankeschön“ zu sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bedanken uns zunächst einmal natürlich bei dem Rat der Stadt Lüdenscheid, der diese entsprechende Beschlussfassung getätigt hat, wir bedanken uns bei Ihnen für Ihr Kommen. Wir haben keinen persönlich eingeladen und trotzdem bedanken wir uns für diejenige die hier sind und wissen das zu schätzen. Wir haben überlegt, ist das eigentlich richtig, dass wir diese Ehrungen bekommen. Sie müssen jetzt der Auffassung sein, dass sei einigermaßen richtig, nachdem Sie unseren Bürgermeister gehört haben. Die Schattenseiten und das Andere wird bei so etwas ja etwas zurückgelassen, aber die Schattenseiten und die Missverständnisse und das Nichtgefallen, das haben die ja gekannt, die darüber beschlossen haben, dass wir das bekommen – und deswegen haben wir das angenommen. Wir haben gesagt, wer uns 30/35 Jahre kennt und uns trotzdem diese Ehre überlässt, der muss entweder ganz dumm sein – und solche haben wir nicht im Rat – oder aber er muss es ehrlich meinen und wenn er es ehrlich meint, dann nehmen wir es an. Das fiel um so leichter, als wir dann mal in die Ehrenordnung gekuckt haben. Lieber Bürgermeister, ich hatte ja damals mit der Ehrenordnung große Probleme nach der ersten Raumordnung. Wir haben jetzt noch mal wieder in die Ehrenordnung gekuckt und das hat uns noch mehr erleichtert, weil da drin steht, die Verleihung gibt keine Rechte - das haben wir uns schon gedacht - aber das Erleichternde ist, sie begründet auch keine Pflichten. Nun will ich etwas Wasser in den berühmten Wein schütten, in dem ich Ihnen sage, dass ist keine Garantie, dass Sie von uns nichts mehr hören werden in dieser Stadt. Und deswegen erlauben Sie mir drei kurze Hinweise, wir sind zwar in einem Wahlkampf und man soll das eigentlich politische hier heute nicht vortragen, das will ich auch nicht vortragen, das soll mir keiner vorwerfen. Der Bürgermeister hat das sehr geschickt umschiff alles vorhin, ich hoffe, dass mir das auch gelingt, denn wir möchten doch sagen, nach welchen Prinzipien habt ihr Drei eigentlich hier dreißig Jahre Politik gemacht, so dass ein Bürgermeister aus echter Überzeugung so über uns reden kann. Und wie ist das heute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn ich über uns alle Drei spreche, dann muss ich vorab folgendes sagen: Wir sind natürlich nicht alle in der gleichen Partei beheimatet und wir haben auch nicht in jedem Fall die gleichen Meinungen, auch unabhängig von den Parteien, und haben uns in den dreißig Jahren auch häufig miteinander über die Sache auseinandergesetzt. Aber unsere gegenseitige Freundschaft ist dabei nicht kaputtgegangen. Und ich möchte Allen, die in städtischen Vereinen in städtischen Organisationen, und wo sie überall tätig sind, eins sagen, richtet euch diesmal nicht nach VfL Bochum und Borussia Dortmund. So eine persönliche Auseinandersetzung die es dort gegeben hat, wirkt sich nachteilig auf beide Vereine aus. Bei aller Auseinandersetzung um die Sache hat unsere Freundschaft von uns Dreien in den dreißig Jahren nicht gelitten. Wir haben uns gegenseitig weiter geachtet, geschätzt und sind freundschaftlich miteinander umgegangen. Und so etwas tut einer Gemeinschaft und tut der Stadt auch gut und ich bedanke mich bei euch Beiden auch dafür, dass ich das hier so vorbehaltlos sagen darf. Wir haben gewusst, als wir Politik in Lüdenscheid machten, dass Lüdenscheid nicht Bamberg und Bayreuth ist, selbst nicht Soest, sondern eine alte Industriestadt mit ihren Problemen von heute. Und wir haben versucht diese Probleme zu lösen. Man muss sich immer wieder korrigieren, lieber Bürgermeister, das besagt nicht, dass der Platz, damals ist der Platz so angenommen worden, aber er hatte sich überholt. Genauso wie Center sich überholen und die Überholung von Entscheidungen, auch in der Kommunalpolitik, ist schneller als früher, weil die Ansprüche schneller wandeln. Ich darf aber mal dran erinnern, als wir damals den Platz machten, da führte noch eine Straße drüber. Da wo der jetzige Bürgermeister stolz demnächst ein kleines Schwimmbad und Platanen der Bevölkerung übergeben kann, lief vor

der ersten Platzgestaltung noch eine Straße her, die dann untertage gelegt wurde. Wir wussten also, auf was wir uns einließen, in dieser Stadt. Und wir hatten ein Prinzip, und wenn ich jetzt etwas ganz banales sage, dann nehmen Sie mir das nicht übel, aber wir glauben an dieses Banale und wenn das Banale überall sich in den Köpfen besser festsetzen würde, hätten wir in diesem Lande weniger Probleme. Manche Grundwahrheiten werden nämlich übertüncht durch dicke Gutachten und tausendfache Gesetze, die kein Mensch mehr versteht, selbst diejenigen nicht mehr, die sie gemacht haben.

Wir sind also von dem Prinzip ausgegangen, wir wollen versuchen, das Leben in dieser Stadt jeden Tage ein ganz klein bisschen besser zu machen. Banaler Satz, banaler Vorsatz und trotzdem wenn man sich jeden Tag daran hält, dann wird da was draus. Man kann nicht auf jahrzehntelange Planung hinaus voraussehen was im einzelnen dafür notwendig ist. Und deswegen muss man sich an den Grundsatz erinnern - und den Grundsatz haben wir alle Drei gehabt, bis zum Schluss und haben den auch heute noch., wenn wir das auch nicht mehr auf den Stühlen des Rates machen. Vielleicht haben wir da ja sogar Glück gehabt, wer weiß was für Stühle wir bekommen. Bei diesem banalen Satz sind wir auf eine andere ganz banale Feststellung gekommen, es ist wichtig, wenn man politische Entscheidungen trifft, dass man die Voraussetzungen dieser Entscheidungen zum Verständnis der Entscheidung selbst in Worte kleidet, die jeder Bürger verstehen kann. Es nützt keine Bürgeranhörung und es nützt kein noch so wohlgemeintes Interesse der bürgerschaftlichen Information, wenn ich das in einer Sprache tue, die kein Mensch versteht. Und die Gesetzessprache ist eine juristische Sprache, und die juristische Sprache versteht eben keiner, der das nicht gelernt hat – und die auch nicht. Sonst würde der Bundesgerichtshof nicht so viele Urteile von Oberlandesgerichten aufheben. Das war für uns ganz wichtig und ich glaube, man kann davon ausgehen, dass die große Beeinträchtigung der Bürger, der Wähler und das große Unbehagen der Wähler, nicht so sehr auf den sachlichen Entscheidungen die in irgendeiner Weise notwendig sind beruht, sondern sie beruhen darauf, dass sie nicht richtig informiert worden sind, dass ihnen das nicht richtig klar gemacht worden ist und das ihnen das nicht in Worten klar gemacht worden ist, die sie auch verstehen. Vielleicht sollte man, wo man drüber gelacht hat früher, Adenauers Reden mal lesen, der hat sich so geäußert, dass jeder das verstanden hat. Und wir haben gesagt, wenn wir mit den Bürgern sprechen, sprechen wir mit den Bürgern in ihrer Sprache und nicht in einer Sprache die wir nicht verstehen und die wir in den Gutachten auch schon nicht mehr richtig verstehen. Das war der erste Punkt, der wichtig ist. Wir müssen mit den Bürgern in ihrer Sprache sprechen.

Der zweite Punkt ist, ein Grundsatz der kommunalen Politik für alle Parteien, ist immer: Wir wollen den Willen der Bürgerschaft verwirklichen. Der Satz hört sich verhältnismäßig schön an, wie manche Präambeln von Gesetzen und vom Grundgesetz, und ist um so schwieriger durchzusetzen, weil es „den“ Willen der Bürgerschaft überhaupt nicht gibt. Darüber muss man sich klar sein. Sondern es gibt Ansprüche der Bürger, in gewissen Situationen, die sich regelmäßig ändern. Um das ganz klar zu machen, daran habe ich mir das immer klar gemacht, ein vierzigjähriger Bürger, der in einem ganz bestimmten Beruf ist, und sich eine ganz bestimmte private Investition leisten möchte, hat ganz andere Ansprüche und Vorstellungen über das was Stadt ihm dabei helfen kann, als eine Mutter mit einem sechsjährigen Kind. Und sogar der selbe Bürger hatte mit sechs Jahren eine ganz andere, bzw. die für ihn dachten, eine ganz andere Vorstellung. Und da können Sie jetzt sagen, dass war mit vierzehn anders, mit achtzehn anders, heute ist es mit einundzwanzig dann schon wieder anders, mit dreißig, vierzig, fünfzig, sechzig. Nehmen Sie die ganze Palette der Jahreszahlen eines Menschen durch, die Bedürfnisse und Ansprüche auch an öffentliche Hand sind immer anders, wechseln. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass überlagert wird von den Ansprüchen, die aus beruflichen Gründen kommen, das überlagern von Ansprüchen, die aus meiner persönlichen Situation kommen. Meiner Haussituation, meiner Wohnungssituation. Es wird überlagert von Ansprüchen, die aus meiner Familie kommen. Es wird überlagert von Ansprüchen, die aus meiner Gesundheit kommen. Sie sehen also, derselbe Bürger, hat ganz andere Ansprüche, je nach dem, in welcher Hinsicht er Forderungen an Stadt und Staat stellt. Und den einheitlichen Willen, vom sechsten Schuljahr an, bis zum vierundachtzigsten

Lebensjahr, und den einheitlichen Willen, wenn ich gesund und krank bin, und den einheitlichen Willen weil ich arbeitslos oder nicht arbeitslos bin und den einheitlichen Willen wenn ich Kinder oder keine Kinder habe. Dieser Wille ist immer anders und die Forderungen sind auch anders, die Interessen sind anders und das ist richtig so. Wir müssen die Interessen der Bürger in ihrer positiven Situation, in ihrer gerade bestehenden Situation anerkennen und nicht allgemein vom Willen der Bürgerschaft sprechen, der ist manchmal einheitlich. Wenn ich was gewinnen will für die Stadt, ist er einheitlich. In dem Moment in dem ich auch was dabei tun muss gehen die Meinungen schon auseinander. D.h. also, dass Wichtige ist, diesen bürgerschaftlichen Willen festzustellen. Und nicht global von dem einheitlichen bürgerschaftlichen Willen zu sprechen den es nicht gibt. Wenn man das macht, vermeidet man viele Fehler und man vermeidet auch viel Unwillen in der Bevölkerung, und das ist ganz wichtig, den Unwillen in der Bevölkerung zu vermeiden, durch solche falsche Entscheidungen oder falsche und unvollständige Informationen oder Information die nicht begreifbar ist. Denn wenn das passiert, wenn wir die Informationen bringen, rechtzeitig und in verständlicher Weise, auf Deutsch also, und nicht im Hebräisch der Gesetzessprache und der Gutachten. Und wenn wir dann gleichzeitig offen sagen, welche Konsequenzen man daraus ziehen müsste um diese Stadt weiterzubringen, dann kommt man mit dem Bürger in eine vernünftige Diskussion. Und wenn man dann nachher eine Entscheidung trifft, dann kommt es ganz wesentlich darauf an, dass der Bürger dann auch nachvollzieht, wie wird denn diese Entscheidung getroffen, kämpft da einer gegen den anderen, nutzt einer seine zufällige Mehrheit im Rat aus, die sich ja in der nächsten Periode ändern kann, wird das dann wieder reduziert und da kommt der Entscheidungsprozess. Der gemeindliche Entscheidungsprozess ist ein Prozess in dem als Ergebnis in erster Linie ein vernünftiger Kompromiss herauskommen muss, wenn die Meinungen vorab auseinandergehen. Der vernünftige Kompromiss hat eine breite Grundlage, eine breite Grundlage für Entscheidungen ist im gemeindlichen Leben wichtig, nur die kann man auch gegenüber der Bevölkerung verkaufen. Wenn sie eine Mehrheitsentscheidung treffen in einer ganz entscheidenden Frage, haben sie die Hälfte der Bevölkerung gegen die Entscheidung, das überlebt keiner oder das überlebt die Sache nicht um die es geht. D.h. also, wir müssen nicht der faule Kompromiss, es gibt kaum einen faulen Kompromiss und wenn dann in solchen Nebensächlichkeiten die keinen, auf Deutsch gesagt, interessieren. Der Kompromiss ist wichtig, d.h. also das Abwägen der verschiedenen Interessen, nicht nur das Abwägen der verschiedenen Interessen der politischen Vertreter im Stadtrat, sondern das Abwägen der verschiedenen Interessen der Bürgerschaft. Es ist ja eine Frage, wenn ich z.B., ein ganz banales Beispiel ist, die Politik ist ja in der Hinsicht banal, und wenn man sie nicht auf die einfachen Dinge zurückführt, dann kann man auch nicht aufbauen und dann kann man auch kein Volk mehr überzeugen. Und dann, wenn ich kein Volk mehr überzeugen kann von der Verstehbarkeit, von der Verstehbarkeit der Politik, von der Erklärbarkeit von Politik, vom Verständnis für das was gemacht wird, dann kriege ich einen Ruck in die radikalen Ränder der Politik. Andere Staaten können sich das leisten, wenn ich sehe in Frankreich, denen ist das egal wie viel Le Pen da kriegt, das nehmen die so mit bei einem oder mehr Rotwein. Das ist leider bei uns anders. Auch nach ein oder zwei Rotwein werden wir erst richtig auseinandersetzungsmäßig politisch und da müssen wir drauf aufpassen. Die Geschichte in Deutschland im vergangenen Jahrhundert hat das ja gezeigt. Und deswegen ist der Kompromiss, der richtig gefundene Kompromiss, ein gutes Beispiel dafür, dass ich auch denjenigen sagen kann, denen ich eine Verkehrsberuhigung in der Straße deswegen nicht mache, weil der Verkehr dann in die Nachbarstraße läuft, das müssen dann, das werden Bürger auch verstehen. Alle anderen Entscheidungen die ich dann mit Mehrheit für die eine oder andere Straße treffe hat folgendes hinter sich, die verkehrsberuhigte Straße wird zustimmen, die Straße, in die ich dann notwendigerweise den Verkehr leite, wird das Gegenteil machen. Ich habe also eine, durch eine Entscheidung im Rat provozierte geteilte Bürgerschaft. Ein wichtiger Punkt, kann sich eine Staat, eine Stadt nach meiner Auffassung in der heutigen Zeit nicht leisten.

Das waren so einige Punkte. Ich hoffe, dass ich damit keine Wahlkampf gemacht habe. Das trifft ja Lisa so wie mich und Hans Bartholomay so wie Lisa. Deswegen wollte ich Ihnen das noch sagen, dass waren so einige Gesichtspunkte aufgrund und mit denen wir jahrelang hier

Politik gemacht haben und wir haben das versucht zu vermeiden, manchmal lässt es sich nicht vermeiden, wir haben es versucht zu vermeiden, ein Votum der Bürgerschaft wegen verschiedener Auffassung über verschiedene Dinge zu provozieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bürgermeister hat vorhin gesagt, ich soll schnell machen, mache ich auch, ich höre jetzt auf. Ich kann Ihnen eins versprechen, ob das ein gutes oder schlechtes Versprechen ist, weiß ich nicht. Nachdem ich mich nochmals bei Ihnen allen bedankt habe, ich bin so furchtbar froh lieber Landrat, dass Du gerade für unsere Ehegatten gesprochen hast, was die alle aushielten, dass enthebt mich der Verpflichtung, das noch mal zu wiederholen. Aber es war wirklich so. Bei mir war es ganz besonders schlimm. Meine Frau ist in der Zwischenzeit wo ich abends durch die Stadt lief, zu den einzelnen Vereinen, vielleicht darf ich das noch anschließen, wenn erfolgreiche Politik gemacht werden soll im kommunalen Bereich hier, dann fördert und erhält die Vereine und Vereinigungen. Wenn wir eine Botschaft hier loslassen können, wir Drei, dann können wir sagen, die Vereine und Vereinigungen, Gruppen und Selbsthilfegruppen, was in dieser Stadt kreucht und fleucht, in denen soviel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird, muss gepflegt werden. Wenn die gepflegt wird erspart das der Stadt verhältnismäßig viel Mühe und, lieber Stadtkämmerer, Du brauchst auch nicht so tief in den Stadtsäckel mehr zu greifen. Das ist auch ganz wichtig in der heutigen Zeit, pflegt die Verbände und die Vereinigungen, das sind die lebendigen Kräfte dieser Stadt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen nochmals, dass Sie gekommen sind. Ich sage Ihnen zum Schluss einen Satz, ob der nun von Ihnen als Versprechen oder ob der als Erleichterung empfunden wird, das überlasse ich total Ihnen, Lisa Seuster, Hans Bartholomay und Jürgen Dietrich gehen aus dem Rat. Lisa Seuster, Hans Bartholomay und Jürgen Dietrich bleiben in der Stadt.

Dankeschön.